

# Ärzte sollen für Politik büßen



*Frau Sylke Michaelis vom MDR moderierte die Runde von 12 Rednern*

Gegen die aktuellen Sparpläne von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt veranstaltete das Sächsische Bündnis Gesundheit 2000 einen Aktionstag unter dem Motto „Gegen den Ausverkauf des Gesundheitswesens“. 30 Verbände, Vereine und Körperschaften hatten zu diesem Protesttag aufgerufen und in den Dresdner Kulturpalast geladen. Rund 700 Schwestern, Pfleger, Apotheker, Ärzte und Patienten aus ganz Sachsen waren dieser Einladung gefolgt. In den zahlreichen Statements wurden vor allem die Auswirkungen der Kostendämpfungsprogramme durch die Bundesregierung deutlich gemacht. Von einem „Personalnotstand in den Pflegeberufen“ sprach Frau Oberin Lieselotte Hundt vom Sächsischen

Pflegerat, wenn die Maßnahmen umgesetzt werden. „Einen sich drastisch verschärfenden Ärztemangel in Sachsen und Ostdeutschland“ prognostizierte der Sprecher des Sächsischen Bündnis Gesundheit 2000, Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze, auf Grund der schlechten politischen Rahmenbedingungen. Ein leugnen des Ärztemangels durch die AOK Sachsen bezeichnete in diesem Zusammenhang der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung,



*Der Vertreter einer Selbsthilfegruppe protestiert gegen die Sparmaßnahmen*

Herr Dr. med. habil. Hans-Jürgen Hommel, als „preußische Gehorsamkeit gegenüber den Regierenden“. Die Sächsische Staatsministerin für Soziales, Frau Christine Weber, kann „kein Gesamtkonzept für die Reform des Gesundheitswesens bei der Rot-Grünen Regierung erkennen.“ Von allen Rednern wurde das Fehlen von ostdeutschen Besonderheiten in den politischen Verhandlungen angeführt. Die Gäste im Saal quittierten mit Zwischenapplaus. Im offenen Gespräch äußerten Patientenvertreter und Ärzte ihre Zukunftsängste. Neben einer dramatischen Verschlechterung der Patientenversorgung wird es in Zukunft wohl auch zum Alltag gehören, dass eine (Fach-) Arztpraxis pleite geht. Dennoch scheint noch nicht allen Patienten und Berufstätigen in den Heilberufen klar zu sein, welche Veränderungen dem Gesundheitswesen durch die Richtungsänderung der Regierung bevorstehen. Denn dann wäre die Beteiligung am Aktionstag sehr viel höher ausgefallen. Am Ende der Veranstaltung wurde eine Resolution verabschiedet, die an die zuständigen Ministerien und die Bundes- sowie Landtagsfraktionen verschickt wird. Und damit der Druck von der Basis erhalten bleibt, werden weitere Aktionstage in ganz Deutschland folgen. Sachsen war nur der Auftakt.

kö